

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 16

Artikel: Die Kriegspartei in der Offensive : Warnung vor Staatsstreich
Autor: Kosirew, Andrej
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Andrej Kosirew (russischer Aussenminister)

Die Kriegspartei in der Offensive

Warnung vor Staatsstreich

Nach dem Gipfeltreffen in Dagomys und in Istanbul scheint sich die Lage in und um Südostserbien und in der Dnjestr-Region etwas beruhigt zu haben. Es ist gelungen, mit den Staatshäuptern Moldawiens und Georgiens zu einer Einigung zu kommen. Man glaubt, das sei ein Ergebnis von der russischen Führung gezeigten Härte, der Gewaltandrohungen gegenüber diesen Republiken.

Das ist kein neuer, sondern ein alter Standpunkt, das ist die Logik des Sowjetregimes, die politische Primitivität: die Handlungen auf der Ebene der Reflexe, wo es immer nur eine Antwort gibt — die Gewalt. Die zum Gewalteinsetz führende Situation wird durch eine bestimmte Auslegung der Information durch das ehemalige KGB und Militärinstanzen geschaffen. Die Information wird zwar nicht ganz gefälscht, aber tendenziös, mit einer entsprechenden Schattierung gegeben. Zuerst versucht man, eine zurückhaltendere Reaktion hervorzurufen: «Die Unseren sind zu unterstützen.» Häufig sind aber diese «Unseren» Extremisten. Und diesen Extremisten wird mit einem Wink klargemacht: «Man wird euch unterstützen.» Dann liefert man ihnen Waffen und hilft womöglich bei der Aufstellung einer Freischärlergruppe. Und dann reagiert schon die andere Seite, die auch ihre Extremisten hat. So wird zum Beispiel in Moldawien ein Militäramt gegründet, das unkontrolliert bleiben kann. Gemässigte Ansichten werden ausser acht gelassen. Vorwürfe wie «Verrat» und «Feigheit» klingen immer lauter — und schon entsteht ein Blutbad.

Es gibt verschiedene Erklärungen dafür, was vor der jüngsten Tragödie in Bendery passiert ist. Entweder wurden zuerst die moldawischen Polizisten von den transnistrischen Gardes angegriffen, oder umgekehrt. Das weiss niemand mehr. Aber auch wenn Chisinau recht hatte und lediglich einen Gegenschlag ausübte, war es eine von moldawischer Seite übertriebene Gewaltanwendung. Soll das aber bedeuten, dass auch Russland sich der Gewaltpolitik verschreiben und solche Taten mit Gewaltanwendung erwidern muss?



Aussenminister Kosirew (Moskauer TV).

Dieselbe Methode wurde in Afghanistan praktiziert: «Eine Kugel sei mit zehn zu erwidern.» Und wozu hat das geführt? Wir erwiderten mit Mörsern, Panzern, Fliegereinsätzen und schliesslich (schon zur Zeit Gorbatschows) mit Raketen R-300 — und all dies endete traurig sowohl für Afghanistan, als auch für uns. Jetzt versucht man dieselbe Logik anzuwenden, als ob es die furchtbare afghanische Erfahrung nicht gegeben hätte. Die Logik besteht darin, dass, wenn in Moldawien die «Kriegspartei» die Oberhand gewinnt, auch wir Gewalt anwenden. Wenn in Georgien Gamsachurdia oder seine Anhänger wahllos Menschen umbringen, werden auch wir gegenüber den Georgiern ebenso wahllos zuschlagen! Wozu mit Schewardnadse sprechen, wenn georgische Städte mit Bomben belegt werden können!

Dem Rechtsstaat verpflichtet, nicht der Gewalt

Aber was ist denn zu tun? Man darf ja nicht einfach zusehen, wie Menschen in Transnistrien und Südostserbien getötet werden. Eine gewisse Härte ist erforderlich, aber keinesfalls die Härte der Gewaltlösungen, sondern eine harte rechtmässige Reaktion. Wir dürfen uns nicht denjenigen gleichsetzen, die wir zur Ordnung rufen wollen. Die Lynchjustiz ist schnell, ein normales Gerichtsverfahren langsam. Sollen wir deswegen ersteres dem zweiten vorziehen?

Die Anwendung von Sanktionen gegen Moldawien wäre eine Möglichkeit, aber zu solchen Massnahmen darf man nur dann greifen, wenn alle anderen bereits ausgeschöpft sind. Betrachten wir das jugoslawische Beispiel. Während unserer jüngsten Reise haben wir uns überzeugt: die in Bosnien-Herzegowina kämpfende Armee wird aus Belgrad versorgt, und die Kampfflugzeuge kommen von serbischen Stützpunkten. Die serbischen Kräfte handeln wie die Berufsarmee eines mächtigen Staates. Woran ist Belgrad schuld? Mindestens daran, dass es der «Kriegspartei» nachgibt.

Meiner Meinung nach versucht auch der moldawische Präsident Snegur, gegen den nationalistischen Strom zu schwimmen. Die Frage ist aber, in welchem Mass ihm das gelingen wird. Ich glaube, dass auch Eduard Schewardnadse gegen den Strom zu kämpfen versucht, aber entweder hat er die Lage nicht völlig unter Kontrolle oder er agiert nicht energisch genug.

In Dagomys haben wir versucht, das Abgleiten in den Abgrund zu stoppen; zweifellos ist Russland bereit, sowohl der georgischen, als auch der moldawischen Führung Unterstützung zu gewähren und eine Chance zu geben.

Armee als unkontrollierter Faktor?

Leider erhebt auch bei uns die Kriegspartei den Kopf, die Partei des Neobolschewismus. Wahrscheinlich ist eine tiefgreifende Reform der Strukturen des ehemaligen KGB und der Militärführung erforderlich. Ich verstehe nicht, dass man sich wegen der «Diplomatie des Lächelns» aufregt, während sowohl in Transkaukasien, als auch in Moldawien massenweise die Übergabe von Waffen stattfindet. Nach Moldawien wird ein Teil der Waffen aus Rumänien geliefert, der grösste Teil aber kommt aus unseren Armeebeständen. Ich möchte wissen, aufgrund welcher Abkommen das geschieht und wer sie unterzeichnet hat. Warum werden die wichtigsten politischen Probleme vom Militär gelöst? Es ist eine Kata-

strophe, wenn Panzer zu einer selbständigen politischen Kraft werden!

Irgendwie müssen unsere Mitbürger geschützt werden, es ist aber nicht klar, wie sie als solche bestimmt werden — doch nicht auf Grund der Blutsverwandtschaft?! Sind alle «russischsprechende» Staatsbürger Russlands? Oder alle, die die russische Staatsangehörigkeit wollen? Es gibt aber viele «Russischsprechende» und sogar Russen, die diese Staatsangehörigkeit gar nicht wollen. Andere wollen die Doppelbürgerschaft. Manche können sich nicht entscheiden. Wen sollen wir denn dann schützen?

Anschluss an die internationale Gemeinschaft unabdingbar

Das ist wirklich eine komplizierte Frage. Eines ist sicher: es gibt ehemalige Sowjetbürger, die sich benachteiligt fühlen — z. B. in Lettland. In Estland haben die entsprechenden Gesetze die internationale Prüfung bestanden, aber trotzdem berücksichtigen sie die Einzigartigkeit unserer Situation nicht. Manchmal handelt es sich um Alltags-Schikanen, die juristisch nicht erfasst werden können. Das Geschehen in Transnistrien kann man als Nationalitätenkonflikt bezeichnen. Aber keines dieser Konflikte kann mit Gewalt gelöst werden! Was das Dnjestr-Gebiet betrifft, so wohnen hier 150 000 Russen und im übrigen Moldawien 450 000 Russen. Es gibt nur zwei Handlungsvarianten: Entweder man ist konsequent und handelt im Geiste des «Vaters der Völker» Stalin und des August-Putsches, d. h. das Territorium der Republiken wird mit Truppen besetzt, Millionen von Menschen werden verbannt oder erschossen und es wird ein brutales Terrorregime eingerichtet; oder es wird alles friedlich, zivilisiert und auf Grund des internationalen Rechts erledigt. Einen dritten Weg gibt es nicht, die unter anderen Völkern lebenden Russen zu schützen. Man kann doch nicht einen «blauen Helikopter» schicken, um jedes russischsprechende Kind auf dem Wege in die Schule zu schützen. Was sollen wir bombardieren — Städte mit ge-

mischter Bevölkerung? Und wenn wir dort durch unsere unbedachten Handlungen den Russen Hass hervorrufen, wird das der russischen Nation schaden. Deshalb sollte man nicht voreilig bestimmen, wer ein Bürger Russlands ist und wem das untersagt wird. Wer aber eindeutig die Staatsbürgerschaft bekommen will, sollte diese Möglichkeit unbedingt erhalten. Ein entsprechendes Gesetz sollte vom Obersten Sowjet angenommen werden. Ein bedeutender Teil derjenigen, die wir schützen wollen, bittet uns, das nicht zu tun! Die Russen in den Republiken können zu Geiseln der Nationalpatrioten werden, wenn sie nicht als ehrliche Bürger dieser Länder (hochqualifizierte Arbeiter und Träger der europäischen Kultur), sondern als eine Art fünfte Kolonne eines imperialistischen Reiches wahrgenommen werden. Dann bleibt ihnen nur übrig, entweder abzureisen oder zu Kalaschnikows zu greifen. Die zweite Variante ist, würdig zu leben, die Gesetze und Souveränität des Landes zu akzeptieren und die Achtung ihrer Rechte mit gesetzmässigen Mitteln zu erreichen. In den USA leben Millionen von Chinesen, ohne ihr Schicksal zu beklagen und ohne zu versuchen, ihre Art den Amerikanern aufzuzwingen. Dasselbe gilt auch für Russen und Ukrainer in Kanada.

Unser Oberste Sowjet stimmt für die Einstellung der Sanktionen gegen Serbien, ohne gründliche Untersuchung des Problems. Das ist aber ein Verstoß gegen die UNO-Charta. Die Abgeordneten möchten, dass Russland sich dem Willen der internationalen Gemeinschaft widersetzt, darunter auch dem der slawischen Republiken des ehemaligen Jugoslawien. Sie bitten um die Zählung der serbischen Krieger und setzen ihre Hoffnung auf Russland, weil Russland ein demokratischer Staat ist, der sie von der jugoslawischen KP und den Rotbraunen retten kann. Aber unsere KP und unsere Rotbraunen kommen logischerweise ihren serbischen Brüdern zu Hilfe. Unser heutiges Geschehen ist dem Jahr 1933 in Deutschland ähnlich, als die Demokraten teilweise nationalistische Positionen bezogen. Es gibt tatsächlich komplizierte Probleme, die

nur sehr schwer auf demokratischem Weg zu lösen sind. Ausserdem entsteht bei den Menschen eine instinktive Angst vor dunklen Mächten. Schliesslich möchte niemand öffentlich als Verräter nationaler Interessen bezeichnet werden. Es braucht wirklich grossen Mut, um die hysterischen Vorwürfe zu ertragen. Man kommt in Versuchung, über die eigene «Grossmacht» zu sprechen, um dadurch seinen Patriotismus zu beweisen.

Eine grosse Verantwortung nehmen die Intellektuellen auf sich, die Patriotismus vorspielen und den Rotbraunen nachgeben. Noch vor einem Jahr freuten wir uns über die Vielfältigkeit unserer Presse, und jetzt liest man in vielen Zeitungen von der «Grossmacht». Wenn ein «Komitee für den Ausnahmezustand» das nächste Mal die Macht ergreift, wird wohl die Liste der erlaubten Zeitungen viel länger sein. Ich denke manchmal, dass einige Journalisten und Redaktoren vielleicht damit rechnen?

Rückfall in alte Zeiten

Während der Reise durch die jugoslawischen Republiken wurden wir von Journalisten des TASS-Fernsehendienstes begleitet. Sie haben am meisten riskiert, indem sie Aufnahmen über das ganze Geschehen in Sarajewo machten. Und was wurde daraus? Unser Fernsehen wollte dieses Material nicht senden. Vor der Reise hatte man sich beim Fernsehen äusserst interessiert gezeigt. Offensichtlich hatte man damit gerechnet, Propagandastoff zugunsten des Belgrader nationalpatriotischen Regimes daraus zu machen. Der Film zeigt aber ganz deutlich: in Sarajewo kämpft die jugoslawische Armee, und diese Verbände werden von Belgrad unterstützt und kontrolliert. Ein solcher Film war unerwünscht. Als die Abgeordneten des Obersten Sowjets Beschlüsse über Jugoslawien zu fassen hatten, wollten sie gar nicht wissen, was der russische Aussenminister in Sarajewo mit eigenen Augen gesehen hatte. Warum nicht den Kameraleuten zuhören oder den von ihnen gedrehten Film anschauen? Nun will

der Oberste Sowjet auf die Sanktionen gegen Serbien und auf das Prinzip der Unverbrüchlichkeit der Grenzen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken verzichten. Wenn man die Reden der Abgeordneten hört, fühlt man sich in die alten Zeiten zurückversetzt. Alles ist, wie es während 70 Jahren war: Die NATO und die USA werden als offenkundige Gegner Russlands betrachtet. Sie waren wirklich Gegner des Kommunismus und werden sicher Gegner eines nationalpatriotischen Russland sein, dem einige Abgeordnete sich zu verschreiben scheinen. Wenn der Oberste Sowjet eine solche Stellung einnimmt, bleibt nur die Hoffnung auf den Präsidenten. Er bleibt der einzige Fels, die einzige wirksame Kraft, die dem Strom widersteht, und wir alle müssen uns um ihn zusammenschliessen.

Soviel ich weiss, werden auch der jüngste USA-Besuch des Präsidenten und die dort getroffenen Vereinbarungen scharf kritisiert. Man sagt, die Interessen der Nation seien verraten worden: Nicht umsonst hätten die amerikanischen Kongressabgeordneten elfmal Beifall gespendet.

Der USA-Besuch bekräftigte die Richtigkeit der im August 1991 gemachten Wahl. Die Waffen häuften sich seit 45 Jahren an, und obschon die USA mit deren Reduzierung begonnen haben, machten sie das zu Gorbatschows Zeit mit grosser Vorsicht. Der Abbau der für sie wichtigsten Komponente der Atomwaffen — der Marine — kam für sie damals nicht in Frage. Und jetzt, nach nur fünf Monaten offener und ehrlicher Verhandlungen sind die USA bereit, die Marinekomponente um ein Dreifaches zu reduzieren. Und das geschieht nicht, weil wir sie betrogen oder zu Zugeständnissen gezwungen haben. Die Amerikaner haben uns einfach zum erstenmal wirklich vertraut. Sie haben Jelzin und seinem Team geglaubt und darauf vertraut, dass dieses Team die Nationalpatrioten bewältigen kann. Wenn diese aber an die Macht kommen, beginnt das Wettrüsten mit neuer Kraft. Das würde dann der richtige Verrat der Nationalinteressen sein! Weil, wenn die Sowjetunion das Wettrüsten nicht bestanden hat und zusammen-

gebrochen ist, was könnten dann die Neobolschewiken beim heutigen Zustand Russlands erreichen? Dazu möchte ich daran erinnern, dass die jetzigen Machthaber Russlands vom Volk einen demokratischen und nicht einen nationalpatriotischen Auftrag erhalten haben. Im August des Vorjahrs hat das Volk seine Wahl erneut bekräftigt, indem es dem «Staatskomitee für den Ausnahmezustand» nicht gehorchen wollte. Dessen Plattform war mit den jetzigen Vorschlägen der Nationalpatrioten identisch. Das Volk hat eine solche Politik abgelehnt, aber sie wird ihm wieder aufgezwungen. Ich meine, dass die Gefahr eines antidemokratischen Staatsstreiches existiert: durch einen «Parteitag der KPdSU» oder durch eine Revanche der Apparatschiks.

Demokratische Innen- und nationalkommunistische Aussenpolitik

Nicht in Transnistrien oder Ossetien, sondern hier, in der Hauptstadt Moskau wird jetzt das Schicksal Russlands entschieden. Entweder kann die russische Gesellschaft den Weg — wenn auch mit zusammengebissenen Zähnen — weiterschreiten, indem sie die Härte mit Selbstbeherrschung und Flexibilität vereint; oder wir übertragen die Nationalitätenkonflikte von Transnistrien und Ossetien nach Russland, ohne sie bewältigt zu haben. Demokratie im Inland und nationalkommunistische Methoden in der Aussenpolitik sind zwei einander ausschliessende Begriffe. Dies zu vereinen versuchen und die Aussenpolitik den Nationalpatrioten zu überlassen, wäre eine Art «München 1938». Dies würde zwangsläufig zur Unregierbarkeit der Machtinstrumente (Armee und Sicherheitsorgane) führen, die dann, früher oder später, die für sie nutzlosen und unbequemen demokratischen Kleider abwerfen würden. Michail Gorbatschow hat diesen Weg im Baltikum versucht und musste dabei auf Janajew, Krjutschkow und Jasow bauen. Nachher brauchten sie ihn nicht mehr. All dies kann sich jetzt wiederholen, wenn wir diesen Kräften nachgeben und Kompromisse eingehen. Das wäre der Weg in die Katastrophe. ■